Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 15. Dezember 2015
Ausgabe 240
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **2**
› Stadtrats-Vollversammlung live im Internet 2
› Umweltpreis: Kreativität und Engagement in Sachen Umweltschutz 3
› Filmmuseum zeigt Dokumentarfilm über Ingrid Bergman 4
› Führung durch die Ausstellung „Das habe nur ich!“ 4
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 16. Dezember, 9.15 Uhr, Ratstrinkstube
Plenumssitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München. Auf der Tagesordnung steht u.a. das Referat zum Thema Wohnen von Alexander Wunschmann vom Sozialreferat.

Freitag, 18. Dezember, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
„Von der Abfall- zur Ressourcenwirtschaft" – unter diesem Motto zieht Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM), Bilanz des Jahres 2015 und gibt einen Ausblick auf die Zukunft. Um die Recyclingquote weiter zu erhöhen, hat der AWM 2015 unter anderem das Pilotprojekt „Neuhausens wertvollste Sammlung" gestartet und damit den Grundstein gelegt, mehr Bioabfälle getrennt zu erfassen. Weitere Themen sind die Wiedereröffnung der Halle 2, das Konzept für ein neues Gebrauchtwarenkaufhaus, die verschiedenen Auszeichnungen des AWM 2015 und die Anpassung der Abfallgebühren.
Schmid informiert außerdem über das neue Wertstoffgesetz, dessen Arbeitsentwurf gerade auf politischer Ebene diskutiert wird.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 22. Dezember, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Meldungen

Stadtrats-Vollversammlung live im Internet
(15.12.2015) Unter der Adresse *www.muenchen.de/stadtrat-live* können Interessierte am morgigen Mittwoch, 16. Dezember, die Vollversammlung des Münchner Stadtrats wieder live im Internet mitverfolgen. Das Plenum beginnt um 9 Uhr mit einem kurzen nicht-öffentlichen Teil, an den sich die öffentliche Sitzung anschließt.

Im Mittelpunkt der letzten Stadtrats-Vollversammlung des Jahres steht die Verabschiedung des städtischen Haushalts für 2016 sowie das Mehrjahresinvestitionsprogramm für die Jahre 2016 bis 2019.
Da viele weitere Tagesordnungs-Punkte bereits vorab in Stadtrats-Ausschüssen vorberaten worden sind, werden in der Regel nicht alle Punkte in der Vollversammlung nochmals ausführlich behandelt. Ein Link zum städtischen Rats-Informations-System (*www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_sitzung_to.jsp?risid=3471559*) bietet weiterführende Informationen zur Tagesordnung und den in der Sitzung behandelten Vorlagen. Den Sitzungsverlauf mit dem jeweils aktuellen Diskussionsthema kann man auf Twitter (#Stadtrat_live) mitverfolgen.
Der Mitschnitt des letzten Plenums vom 19. November ist ebenfalls noch unter *www.muenchen.de/stadtrat-live* abrufbar.

Umweltpreis: Kreativität und Engagement in Sachen Umweltschutz
(15.12.2015) Bürgermeister Josef Schmid hat gestern im Großen Sitzungssaal des Rathauses den Münchner Umweltpreis 2015 überreicht. „Der Umweltpreis drückt aus, welch hohen Stellenwert der Umwelt- und Klimaschutz in unserer Stadt hat. Und es freut mich besonders, dass wir in diesem Jahr außergewöhnlich viele Bewerbungen hatten. Es zeigt, was für ein breites Spektrum engagierter Umweltleistungen es in der Münchner Stadtgesellschaft gibt", sagte Schmid.
„Beim Umwelt- und Klimaschutz kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu. Deshalb ist es gut für München, so viele kreative Köpfe in unserer Stadt zu haben, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Mit dem Umweltpreis, der insgesamt mit 10.000 Euro dotiert ist, wollen wir diese Kreativität unterstützen und fördern. Das Preisgeld wird zu gleichen Teilen auf die Geehrten aufgeteilt und muss wieder in den Umweltschutz reinvestiert werden", erklärt die Referentin für Gesundheit und Umwelt, Stephanie Jacobs.
2015 wurde der Preis verliehen an:

- die **„Energiesparfüchse"**. Dahinter steht eine klassenübergreifende Schülergruppe am Mathilde-Eller-Förderzentrum für Kinder mit geistiger Behinderung unter der Leitung von Studienrat Siegfried Grob. Die Kinder sind wahre Energiesparexperten. Sie kontrollieren zum Beispiel Energieverbräuche in der Schule, hängen dort Info-Schilder an Elektrogeräten auf, informieren über richtiges Lüften und beleuchten Zusammenhänge zwischen Energieverbrauch und Umweltbelastung.
- das **Projekt „BAM Original"**. Findige Studenten der Technischen Universität München haben einen Bambusfahrradrahmen entwickelt. In Kursen kann man ihn selbst nach eigenen Wünschen und Erfordernis-

sen herstellen. Das Ausgangsmaterial ist für jedes Radfahrer-Bedürfnis geeignet. So kann daraus ein Rennrad, ein Trekkingrad oder auch ein Mountainbike entstehen, das speziell auf das Maß und das Gewicht seiner Besitzerin oder seines Besitzers ausgelegt ist.

- **Professor Dr. Gerhard Berz**, einem der bekanntesten und renommiertesten Forscher auf dem Gebiet der Folgen des globalen Klimawandels. Er hat schon früh darauf gedrungen, das Wissen über die Ursachen und Wirkungen des Klimawandels auch in der Gesellschaft bekannt zu machen und das Bewusstsein dafür zu wecken. Sein herausragendes persönliches Engagement hat ihm in der Öffentlichkeit und auch bei politischen Entscheidungsträgern hohe Anerkennung eingetragen. Professor Dr. Berz war und ist ein Brückenbauer zwischen den Erkenntnissen der Wissenschaft und den Erfordernissen der Wirtschaft.

Filmmuseum zeigt Dokumentarfilm über Ingrid Bergman

(15.12.2015) Als Nachtrag zur kürzlich beendeten Retrospektive zum 100. Geburtstag der Schauspielerin Ingrid Bergman zeigt das Filmmuseum am Donnerstag, 17. Dezember, um 19 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, in der Reihe „Open Scene" den schwedischen Dokumentarfilm „Jag är Ingrid" von Stig Björkman in der schwedischen Originalfassung mit englischen Untertiteln. Der Film hatte beim Festival in Cannes in der Sektion „Cannes Classics" 2015 seine Premiere.
Der Dokumentarfilm „Jag är Ingrid" (Ingrid Bergman in ihren eigenen Worten) enthält noch nie gesehene Filmaufnahmen, die Ingrid Bergman selbst mit ihrer Amateurkamera gemacht hat, und zitiert aus ihren Notizen, Briefen und Tagebüchern, die in der reichhaltigen Ingrid Bergman Collection der Wesleyan University Cinema Archives zugänglich waren. Zusammen mit neu gedrehten Interviews mit all ihren Kindern sowie mit Schauspielkollegen wie Liv Ullmann und Debra Winger gewähren die Dokumente neue Einblicke in das Leben und die Karriere von Ingrid Bergman.
Der Eintritt kostet 4, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Führung durch die Ausstellung „Das habe nur ich!"

(15.12.2015) Jutta Hofmann-Beck führt am Freitag, 18. Dezember, um 16 Uhr im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, durch die Ausstellung „Das habe nur ich! Über Sammellust und Liebhabereien". Als Stillleben und Interieurs inszeniert, zeigt die Ausstellung nicht nur typologisch verwandte Werke der freien und angewandten Kunst, sondern vermittelt auch unterschiedliche Motivationen der Sammler. Der Bogen spannt sich

vom locker gehandhabten Sammelsurium bis zur exakten wissenschaftlichen Kategorisierung, vom Ansporn zu retten, was nicht beachtet wird, bis hin zu Investitionsstrategien, die auf Wertsteigerungen von Kunstobjekten zielen. Der Eintritt kostet 7, ermäßigt 3,50 Euro. Die Führungsgebühr beträgt 7 Euro.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 15. Dezember 2015

Überprüfung der Sittenwidrigkeit bei der Auftragsvergabe durch die LH München

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller und Dominik Krause (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 17.11.2015

Städtische Belange beim Planfeststellungsbeschluss zum 2. Stammstreckentunnel (Bereich West) – Vernünftige Umsteigebeziehungen am Hauptbahnhof sicherstellen

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Anna Hanusch und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 17.6.2015

Überprüfung der Sittenwidrigkeit bei der Auftragsvergabe durch die LH München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller und Dominik Krause (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 17.11.2015

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:
„Laut Beschwerden, die die grün-rosa Fraktion erreicht haben, soll bei dem Projekt ‚Förderzentrum Nymphenburg' der Bodenbelag von einer Firma ausgeführt werden, die in ihrem Internetauftritt und auch auf den Firmenfahrzeugen, welche dann auf der Baustelle stehen, eine eindeutig sexistische Darstellung von Frauen zeigt."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wurde bei der Vergabe für das oben genannte Projekt geprüft, ob mögliche Auftragnehmer die Regelungen zur Sittenwidrigkeit bzw. sexistischer Werbung verletzen?

Antwort:
Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen wendet die LH München die Regeln des Vergaberechts an. Im Vergaberecht sind Kriterien definiert, nach denen öffentliche Auftraggeber mögliche Auftragnehmer bewerten dürfen. Die Qualität der Werbung oder die Werbestrategie eines Unternehmens ist kein zulässiges Bewertungskriterium für mögliche Auftragnehmer. Die LH München würde sich rechtswidrig verhalten, wenn sie ein solches Bewertungskriterium anwenden und ein Unternehmen als möglichen Auftragnehmer vom Vergabeverfahren ausschließen würde.

Bei der Durchführung des Vergabeverfahrens für das Projekt „Förderzentrum Nymphenburg" wurde daher nicht geprüft, mit welcher Art von Werbung mögliche Auftragnehmer auf ihr Unternehmen aufmerksam machen.

Frage 2:
Von welcher Stelle wird bei Vergaben nach welchen Kriterien geprüft, ob mögliche Auftragnehmer die Regelungen zur Sittenwidrigkeit bzw. sexistischer Werbung verletzen?

Antwort:
Da die von möglichen Auftragnehmern verwendete Werbung nach dem Vergaberecht ein unzulässiges Bewertungskriterium wäre, führen die Dienststellen dahingehend keine Prüfungen durch.

Frage 3:
Wie oft wurden in den vergangenen 2 Jahren Werbung oder mögliche Auftragnehmer wegen Sittenwidrigkeit bzw. sexistischer Werbung abgelehnt?

Antwort:
Die Bewertung der Werbung von möglichen Auftragnehmern ist kein zulässiges Kriterium nach dem Vergaberecht. Mögliche Auftragnehmer dürfen daher wegen ihrer Werbung vom Vergabeverfahren nicht ausgeschlossen werden.

Frage 4:
Welche Expertise steht der Verwaltung für die Prüfungen zur Verfügung?

Antwort:
Im Vergaberecht ist die Verwendung des Kriteriums „Werbung" für die Bewertung von möglichen Auftragnehmern nicht zulässig. Eine Prüfungsexpertise wird daher nicht benötigt.

Frage 5:
Wann ist mit der Stadtratsbehandlung des Antrags zur Einrichtung einer Werbewatchgroup zu rechnen, um bei Vergaben die Werbung der Auftragnehmer auf sexistischen und sittenwidrigen Inhalt bzw. Darstellung zu prüfen?

Antwort:
Für den Stadtratsantrag Nr. 08-14/A 04958 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 20.12.2013 wurde mit den Antragstellern eine Fristverlängerung bis 31.3.2016 vereinbart.

Städtische Belange beim Planfeststellungsbeschluss zum 2. Stammstreckentunnel (Bereich West) – Vernünftige Umsteigebeziehungen am Hauptbahnhof sicherstellen
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Anna Hanusch und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste) vom 17.6.2015

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 17.6.2015 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird. Für die gewährte Terminverlängerung vom 30.6.2015 bedanke ich mich.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Am 9. Juni 2015 hat das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) den sogenannten Planfeststellungsbeschluss für den westlichen Abschnitt der Strecke erlassen. Die Verknüpfung der Zweiten Stammstrecke mit der U-Bahn wurde hierbei – der Presseberichterstattung nach – ausgenommen, so dass das Baurecht nur für eine Durchfahrt, nicht jedoch für einen Halt der S-Bahnen am Hauptbahnhof gilt.
Die bereits 2013 vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie gewünschte Abkoppelung der Maßnahmen im Bereich des Hauptbahnhofes wurde vom damaligen Oberbürgermeister Christian Ude in einem Schreiben vom 20.6.2013 zurückgewiesen. Er verwies auf den kausalen Zusammenhang zwischen 2. Stammstrecke und der Zunahme von Verkehrsströmen insbesondere durch Umsteiger im U-Bahnsystem.
Die SWM/MVG sind verpflichtet, im Interesse ihrer Fahrgäste und aufgrund ihrer gesetzlichen Verpflichtung, auf alle erforderlichen Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit zu bestehen, sofern durch Maßnahmen Dritter, Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Der Stadtrat und Oberbürgermeister unterstützten diese Haltung der SWM/MVG in diesen Belangen bisher. Auf diese für die Sicherheitsverantwortung unverzichtbaren Anforderungen wurde seit Beginn der Planungen und im Planfeststellungsverfahren immer wieder als zentrale Notwendigkeit gegenüber der DB als Bauherrin und dem Freistaat als Besteller des Projektes hingewiesen. Auch nach der zweiten Tektur für den Planfeststellungsabschnitt 1 München-West (Laim-Hauptbahnhof) war eine ver-

nünftige Lösung der Verknüpfung des 2. Stammstreckentunnels mit dem U-Bahnhof am Haltepunkt Hauptbahnhof nicht in Sicht. In vielen zwischenzeitlichen Verhandlungsrunden konnte auch keine einvernehmliche Lösung des Problems gefunden werden. Spätestens wenn die erste S-Bahn am Hauptbahnhof halten soll, kann dieses Problem nicht mehr weiter ignoriert werden.
Die verschiedenen Lösungen haben auch eine zeitliche (7-Minuten Umsteigezeit von der zweiten Stammstrecke zur U-Bahn) und finanzielle Komponente, die bei einer Nutzen-Kosten-Bewertung und einer Ausschreibung von Baulosen nicht ignoriert werden darf."

Frage 1:
Teilt auch Oberbürgermeister Reiter die Auffassung, dass hier keine Sparlösung realisiert werden darf? Welche Lösung zeichnet sich hier ab?

Antwort:
Die Auffassung, dass keine Sparlösung hinsichtlich der Anbindung der 2. Stammstrecke an das U-Bahnnetz realisiert werden darf, wird geteilt. Klarzustellen ist zunächst, dass Aussagen, wonach der Planfeststellungsbeschluss zum PFA 1 der 2. Stammstrecke die Verknüpfung mit der U-Bahn ausnimmt, sodass nur Baurecht für eine Durchfahrt, nicht jedoch für einen Halt der S-Bahnen am Hauptbahnhof geschaffen wurde, nicht zutreffend sind.
Richtig ist hingegen, dass seitens der Stadtwerke München GmbH (SWM) im laufenden Planfeststellungsverfahren zunächst erhebliche Bedenken gegen die vorgeschlagene Lösung hinsichtlich der Sicherheit des U-Bahnbetriebes infolge der erforderlichen baulichen Eingriffe in die U-Bahn-Anlagen und durch die zu erwartenden höheren Fahrgastzahlen vorgetragen worden sind.
Anders als in der Anfrage dargestellt, fand vor Erlass des Beschlusses, am 29.1.2015 eine Besprechung der SWM mit der Vorhabenträgerin, der DB ProjektBau GmbH statt. Darin konnten die kritischen Themen auf Grundlage der Abstimmungen aus den letzten Jahren letztendlich konstruktiv und sachgerecht behandelt und Lösungen ausgearbeitet werden, deren Regelungsvorschläge dann durch das Eisenbahn-Bundesamt entsprechend in den Planfeststellungsbeschluss aufgenommen worden sind.
Keine der von der Vorhabenträgerin vorgeschlagenen Varianten zur direkten Anbindung der 2. Stammstrecke an die U4/U5 konnte leider aufgrund der fehlenden Betriebssicherheit akzeptiert werden. Weitere alternative Varianten wurden von der Vorhabenträgerin nicht vorgelegt. Aus Sicherheitsgründen wird daher auf die ursprünglich geplante direkte Verbindung der

2. Stammstrecke mit den Gleisanlagen der U4/U5 – was für den Umsteigekomfort wünschenswert wäre – verzichtet.

Hinsichtlich der Anbindung der 2. Stammstrecke an die U1/U2 wird die Variante MF 1-V1, bei der vier zusätzliche, einspurige Fahrtreppen eingebaut werden, den weiteren Planungen zugrunde gelegt unter der Bedingung, dass die verkehrliche Leistungsfähigkeit und die bauliche Machbarkeit dieser Variante nachgewiesen werden.
Sollte dieser Nachweis nicht gelingen, soll die Variante MF 7b mit Verzicht auf die Direktverbindung auf der Ebene -3, aber mit einer zusätzlichen Treppe am nördlichen Bahnsteigende den weiteren Planungen zugrunde gelegt und der Nachweis der Leistungsfähigkeit und der Machbarkeit geführt werden.

Eine Inbetriebnahme der direkten Anbindung der U1/U2 an die 2. Stammstrecke auf der Ebene -3 darf erst nach Erbringung der geforderten Nachweise der Variante MF1 V1 bzw. der Variante 7b und der notwendigen Genehmigungen erfolgen.

Im Ergebnis wurde damit ein hinnehmbares Resultat erreicht, auch wenn der Entfall der ursprünglich geplanten Direktanbindung der U4/U5 an die 2. Stammstrecke im Sinne der Nutzerfreundlichkeit zu bedauern ist.

Frage 2:
Welche Punkte in der Stellungnahme der Landeshauptstadt München im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur 2. Stammstrecke München (PFA1 München-West: Laim Hauptbahnhof) sind noch offen?

Frage 3:
Welche Punkte in der Stellungnahme der Landeshauptstadt München im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur 2. Stammstrecke München (PFA1 München-West: Laim Hauptbahnhof) wurden im Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahnbundesamtes anders bewertet?

Antwort zu Fragen 2 und 3:
Nach Prüfung des Planfeststellungsbeschlusses kann festgestellt werden, dass im Wesentlichen den Forderungen der Landeshauptstadt München im Planfeststellungsbeschluss Rechnung getragen wurde. Der Stadtrat wird voraussichtlich im ersten Quartal 2016 über die wesentlichen Ergebnisse des Planfeststellungsbeschlusses zum PFA 1 in einer Beschlussvorlage informiert.

Frage 4:
In den Tekturen war die Dimensionierung der Infrastruktur der 2. Stammstrecke auf ein Bedienungskonzept ausgerichtet, dem ein Fahrgastprognosehorizont für das Jahr 2020 zu Grunde lag. Basiert der Planfeststellungsbeschluss immer noch auf Zahlen aus einem Prognosehorizont, der bereits zum Spatenstich veraltet sein dürfte oder flossen in den Planfeststellungsbeschluss auch neuere Erkenntnisse, beispielsweise die seit Jahren anhaltende Wachstumsdynamik der Region München, mit hinein?

Antwort:
Nach Auffassung der Planfeststellungsbehörde ist der von der Vorhabenträgerin gewählte Prognosehorizont 2020 aus den unter Ziffer B.5.13.1 des Planfeststellungsbeschlusses dargelegten Gründen nicht zu beanstanden. Es ist eine ausreichende Dimensionierung der Verkehrsanlagen gegeben. Nach den vorgenommenen Untersuchungen dürften nach Auffassung der Planfeststellungsbehörde die vorhandenen Kapazitätsreserven damit auch künftige Zunahmen beim Verkehrsaufkommen in ausreichendem Maße abdecken.
Unabhängig davon ist von Seiten des Referates für Stadtplanung und Bauordnung darauf hinzuweisen, dass derzeit durch den Freistaat Bayern eine Aktualisierung der Nutzen-Kosten-Untersuchung mit Prognosedaten 2025 erfolgt.
Bei der Planung der Anbindung der U1/U2 an die 2. Stammstrecke hat die Vorhabenträgerin laut Planfeststellungsbeschluss die verkehrliche Leistungsfähigkeit der bestehenden und der neuen Treppenanlagen für die vor- und nachmittäglichen Spitzenstunden mit Prognosehorizont 2025 einschließlich ausreichender Reserven für weitere Entwicklungen nachzuweisen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 15. Dezember 2015

Einfahrverbot für Reisebusse ins Graggenauer-Viertel prüfen, statt täglichem Verkehrschaos
Antrag Stadtrat Richard Quaas (CSU-Fraktion)

Tierpark-Parkhaus so konzipieren, dass Bereich um Maria-Einsiedel-Bad entlastet wird
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhold Babor und Dr. Manuela Olhausen (CSU-Fraktion)

Schlamperei im Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) im Referat für Bildung und Sport
Antrag Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

**Konsequenzen aus der Klimakonferenz I:
Aktuelle Rahmenbedingungen für den Ausstiegsplan aus der kohlebasierten Energiegewinnung berücksichtigen**
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

**Konsequenzen aus der Klimakonferenz II:
Klimaschutz oder Profit? Welche Politik betreiben die SWM beim VKU**
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

**Konsequenzen aus der Klimakonferenz III:
Energieversorgungskonzept 2030 für München**
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

**Konsequenzen aus der Klimakonferenz IV:
Städtische Klimaschutzstrategie bis 2050**
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Konsequenzen aus der Klimakonferenz V:
Dachagentur für den schnellen Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Gebäuden
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Konsequenzen aus der Klimakonferenz VI:
Ökologisch, praktisch, gut – Außenwärmedämmung mit mineralischen Mauersteinen aus Ziegel und Porenbeton
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Konsequenzen aus der Klimakonferenz VII:
Die LHM beteiligt sich ab 2016 aktiv an der weltweiten Aktion „plant for the planet“
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Konsequenzen aus der Klimakonferenz VIII:
Ökologisch-faire Geldanlagen bei der Stadtsparkasse München fördern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Dominik Krause, Sabine Krieger und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Planungen für das Oskar-von-Miller-Gymnasium und das Max-Gymnasium überdenken
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilnhofer-Rath (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten))

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas

ANTRAG

15.12.2015

Einfahrverbot für Reisebusse ins Graggenauer-Viertel prüfen, statt täglichem Verkehrschaos.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Ein Einfahrverbot für Reisebusse in das Graggenauer-Viertel, die keine Zieladresse bei einem Hotel in dem Gebiet haben, mit der Ausnahme der Maximilianstraße, der Alfons-Goppel-Straße und der Hofgartenstraße.
2. Auch die Vorfahrt und das Abstellen von Reisebussen am Max-Joseph-Platz vor der Oper soll untersagt werden, weil eine Anfahrt in die Alfons-Goppel-Straße mit direktem Zugang zur Staatsoper und Residenztheater von dort aus möglich ist.
3. Bei der Maximilianstraße ist deshalb eine Busanfahrt in westlicher Fahrtrichtung bis zur Alfons-Goppel-Straße zu gestatten.
4. Linienbusse und Stadtrundfahrtbusse sind von den Einfahrverboten nicht betroffen.

Begründung:

Im Graggenauer Viertel, dem Altstadtbereich zwischen den östlichen Altstadtring an der Staatskanzlei bis zum Isartor und den nördlichen Fußgängerzonenbereichen spielt sich jeden Tag mehrfach ein ganz wesentlich durch eingefahrene Reisebusse ausgelöstes Verkehrschaos ab.

Die durch die engen Straßen schleichenden Busse aus aller Herren Länder, bleiben oft an den Kreuzungspunkten hängen, weil die Radien für das Abbiegen nicht ausreichen, wie z.B. am Hofgraben, besonders bei fast immer vorhandenem Gegenverkehr. Durch die Nutzung der Sparkassenstraße als Hauptradelroute, wird auch deshalb eine Verkehrsreduzierung in diesem Teil zusätzlich notwendig werden. Auch das Abstellen und Wenden der Busse vor der Staatsoper verschandelt die Ansicht dieses Bauwerkes und der Residenz erheblich - das Verbot steht schon lange auf der Wunschliste der Staatsoper und

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

des Denkmalschutzes - , verursacht aber auch vielfach ein Kuddelmuddel im Anfahrtsbereich der Maximilianstraße mit der Trambahn und dem Lieferverkehr, über den dieser Teil der Altstadt fast ausschließlich versorgt wird. Um die Staatsoper und das Residenztheater anzufahren, genügt es, dass die Busse in der Maximilianstraße bis zur Alfons-Goppel-Straße fahren dürfen, wo eine direkte Eingangsverbindung zu beiden Theatern besteht. Die Ausfahrt kann dann über die Hofgartenstraße in den Altstadtring in beiden Richtungen erfolgen. Die Alfons-Goppel- und die Hofgartenstraße sollten dann aber nur in nördlicher, bzw. östlicher Richtung von Bussen befahren werden dürfen, was auch eine An- und Abfahrt des Hotels Vier Jahreszeiten erleichtert. Eine direkte Busanfahrt zu einem der Hotels in dem Viertel bleibt bei Nachweis des Fahrziels durch Buchung erlaubt.

Für die Fremdenverkehrswirtschaft entsteht dadurch kein Nachteil, weil das Absetzen und Aufnehmen von Fahrgästen generell am Altstadtring vorgesehen ist, Rundfahrten mit Stadtrundfahrtbussen, aber weiter möglich bleiben.

Durch diese Maßnahme könnte eine erhebliche Reduzierung von Staus und stockendem Verkehr im Graggenauer-Viertel erreicht werden, was der Trambahn in der Maximilianstraße und dem Lieferverkehr im Viertel zu Gute kommt. Auch die Fahrradfahrer werden dort vor oft vollkommen unübersichtlichen Verkehrssituationen bewahrt, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Verlegung der Hauptradlroute in die Parallelstraßen der Residenz- und Dienerstraße.

In anderen, auch deutschen Städten, sind solche Beschränkungen in engen Altstadtvierteln längst gang und gäbe und haben nirgendwo dem Tourismus geschadet, ganz im Gegenteil.

Richard Quaas, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Dr. Manuela Olhausen
Stadtrat Dr. Reinhold Babor

ANTRAG

15.12.2015

Tierpark-Parkhaus so konzipieren, dass Bereich um Maria-Einsiedel-Bad entlastet wird

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Planung des neuen Tierpark-Parkhauses soll so konzipiert werden, dass der Parkplatz beim Maria-Einsiedel-Bad entlastet wird.

Begründung:

Der Tierpark plant die Errichtung eines neuen Parkhauses. Derzeit parken wohl auch viele Besucher des Tierparks im Bereich der Schäftlarnstraße sowie des Maria-Einsiedel-Parkplatzes. Dieses Gebiet leidet jedoch unter einem erheblichen Parkdruck an schönen Tagen. Neben Tierparkbesuchern suchen auch die Badbesucher, Isarbesucher, Floßfahrer, Kanufahrer und Camper dort dann einen Parkplatz. Und nicht alle parken dann auch korrekt. Zudem besteht an stark frequentierten Tagen eine schwierige und mitunter auch gefährliche Verkehrslage an der Kreuzung Schäftlarnstraße/Tierparkbrücke.

Daher sollte die Gelegenheit des Parkhaus-Neubaus genutzt werden, dass alle Tierpark-Besucher dort zukünftig einen Stellplatz finden. Ziel sollte sein, dass der Parkbereich Schäftlarnstraße/Maria-Einsiedel-Bad so eine Entlastung erfährt.

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin

Dr. Reinhold Babor, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Schlamperei im Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) im Referat für Bildung und Sport

Antrag

Das Revisionsamt wird aufgefordert zu prüfen:

1. Warum das Vergabevolumen für den Rahmenvertrag für die Lieferung von Hard- und Software und Dienstleistungen 2013-2017 im Referat für Bildung und Sport – ZIB so niedrig angesetzt war.
2. Warum der Stadtrat nicht früher über die drohende und bereits bestehende Überschreitung der Vergabesumme informiert wurde.
3. Warum es für die Abrufe aus dem Rahmenvertrag weder mengen- noch zeitschienenmäßig ein Controlling gab.
4. Warum erst nach über 4 Jahren der erste Bericht des Controllers, der den Rahmenvertrag begleiten sollte, vorlag
5. Wer für die jeweiligen Vorgänge und die Versäumnisse verantwortlich ist.
6. Welche Konsequenzen dies für die Verantwortlichen im Referat und den Controller hat.
7. Was dieses lange Zeit unterbliebene Controlling die Stadt gekostet hat.
8. Sofern der Prüfbericht Daten enthält, welche eine nicht-öffentliche Behandlung der Vorlage erforderlich machen, wird das Revisionsamt aufgefordert, den Bericht in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil aufzuteilen.

Begründung:

Seit Jahren gibt es Probleme im IT-Bereich des Bildungsreferates. Der Stadtrat hat deshalb eine Organisationsuntersuchung von ZIB in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse dem Stadtrat im Februar 2016 endlich vorgestellt werden sollen. Der Blick nach vorne bedeutet aber nicht alles zu akzeptieren, was in der Vergangenheit schiefgelaufen ist. Auch wenn das Problem dank der engagierten Aufklärung des Sachverhaltes durch eine neue Mitarbeiterin noch frühzeitig erkannt wurde, müssen Verantwortlichkeiten für ein solches Missmanagement in der Verwaltung aufgeklärt werden, damit sich ein solcher Vorgang nicht wiederholen kann.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Jutta Koller
Dr. Florian Roth
Oswald Utz
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz I:
Aktuelle Rahmenbedingungen für den Ausstiegsplan aus der kohlebasierten Energiegewinnung berücksichtigen

Antrag

Die Stadtwerke München legen dem Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Ökoinstitut im Frühjahr einen Zwischenbericht vor. In einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsausschuss und des Umweltausschusses sollen dabei folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie kann die im Gutachten des Ökoinstituts zum Kohleausstieg empfohlene Minimierung der Zeiten reiner Stromerzeugung aussehen, beziehungsweise wie findet sie bereits statt? Hierbei soll vor allem auf eine Reduzierung der Mindestlast der Feuerungsleistung sowie auf die im Gutachten noch für 2015 angekündigte Optimierung der Fernwärmeauskopplung (S.22) eingegangen werden.

2. Wie wirkt sich die im Gutachten noch als Lokales Szenario angenommene, mittlerweile umgesetzte Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes auf die ökonomische Einschätzung aus? Hierbei soll sowohl die aktuelle Situation dargestellt werden, in der kohlebasierte KWK-Anlagen keine Förderung erhalten, als auch ein eventuelles Szenario bei dem kohlebasierte KWK-Anlagen durch die Hintertür eines Verordnungsweges doch noch gefördert werden.

3. Wie würden sich die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen einer 10%igen CO_2-Reduktion am Block 2 des HKW Nord durch Übernahme durch das HKW Süd in den nächsten 5 Jahren darstellen?

4. Was sind die Rahmenbedingungen für die Fernwärme-Vision 2040? Wie berechnet sich der Bedarf für 2040 für Grundlast und Spitzenlast?

5. Wie werden die aktuellen Entwicklungen im Bereich Power-to-Gas sowie Power-To-Heat gerade in Bezug auf sich eventuell ergebende Fördermöglichkeiten in den kommenden Jahren aussehen?

Begründung:

1. Im Gutachten werden einige Maßnahmen erwähnt, die verhältnismäßig unaufwendig zu umweltpolitischen Verbesserungen führen können. Vor allem die

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Zeiten, in denen das HKW Nord in reinem Kondensationsbetrieb (also reiner Stromerzeugung ohne Fernwärme-Auskopplung) läuft, sind umwelttechnisch höchst problematisch. Die SWM haben bereits angekündigt, diese Maßnahmen noch im Jahr 2015 umzusetzen.

2. Im Gutachten wurde das neue Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz zwar als Lokales Szenario angenommen, jedoch war der genaue Förderrahmen damals noch nicht bekannt. Sowohl die Nicht-Förderung von kohlebasierten KWK-Anlagen, als auch der Bonus für einen Umstieg von kohle- auf gasbasierte KWK-Anlagen sollten einen Ausstieg aus der Kohle weniger kostenintensiv werden lassen, als noch im Gutachten angenommen.

3. Die SWM haben dargelegt, dass bis zu 50% der Wärmeerzeugung vom gasbasierten HKW Süd übernommen werden könnten. Damit könnte 50% weniger Kohleverbrennung stattfinden, während gleichzeitig die Unsicherheiten bezüglich Wärmeversorgung und Inselfähigkeit in der Stromversorgung wegfallen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:
Dominik Krause
Sabine Krieger
Sabine Nallinger
Herbert Danner
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz II:
Klimaschutz oder Profit? Welche Politik betreiben die SWM beim VKU

Antrag

Die Stadtwerke München setzen sich über den Verband Kommunaler Unternehmen für folgendes ein:

1. Gegen die Einführung einer Förderung von kohlebasierten KWK-Anlagen im Rahmen des novellierten Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes durch die Hintertür des Verordnungsweges . Die SWM legen dar, welche Rolle sie bei der bisherigen Positionierung des VKU hatten. Dieser hatte sich bei einer Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Bundestags am 11.11.15 für eine Förderung von kohlebasierten KWK-Anlagen ausgesprochen.

2. Für eine CO_2-Bepreisung im Rahmen des EU-Emissionshandels, welche sich in einem realistischen Rahmen bewegt, um das von der Bundeskanzlerin unterstützte 1,5-Grad Ziel erreichen zu können. Die SWM legen dar, inwiefern sich der Verband Kommunaler Unternehmen in dieser Thematik bisher eingebracht hat, und welche Position die SWM hierbei vertreten haben.

Begründung:

Der Verband kommunaler Unternehmen hat sich bei einer Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Bundestags am 11.11.15 für eine Förderung von kohlebasierten KWK-Anlagen ausgesprochen. Die Bundesregierung ist dieser Forderung in der nun verabschiedeten Gesetzes-Novellierung glücklicherweise nicht nachgekommen, hat aber die Hintertür eines Verordnungsweges offen gelassen.
Die Stadtwerke München betonen stets zurecht, dass die Klimaschutz-Ziele in München nicht losgelöst von der deutschen bzw. europäischen Gesetzgebung zu betrachten sind. Gerade in Hinsicht auf die Debatte um das HKW Nord liegt es jedoch auch an den Stadtwerken selbst, als einer der bedeutendsten Akteure innerhalb des Verbandes Kommunaler Unternehmen die Lobbyarbeit für eine entsprechende Gesetzgebung zu betreiben, die ein klimabewusstes Handeln in München ermöglicht.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Dominik Krause Sabine Krieger Sabine Nallinger Herbert Danner
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz III:
Energieversorgungskonzept 2030 für München

Antrag
Die Stadtverwaltung legt in Zusammenarbeit mit den SWM dem Stadtrat ein Energieversorgungskonzept bis 2030 für das Stadtgebiet München vor. Darin werden möglichst detailliert die Pläne für die zukünftige Energieversorgung unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Erneuerbaren Energien in München und der Region dargestellt. Das Konzept soll folgende Aspekte beinhalten:

1. Energiebedarfsprognose für München bis 2030
2. Fernwärmestrategie und Darstellung der Gebiete mit Fernwärmeversorgung
   - Zeitraum der Umstellung von Dampf auf Heißwasser
   - Ausbau der Geothermie unter Berücksichtigung der Abdeckung von Grundlast und Spitzenzeiten
   - Zusätzliche Anlagen zur Wärmeerzeugung
3. Ausstieg aus der Kohleverbrennung im HKW Nord und Alternativen für die Wärme und Stromproduktion
4. Bedeutung der Versorgung mit Gas
5. Nahwärmenetze in Gebieten ohne Fernwärmeversorgung
6. Alternative Wärmeversorgungskonzepte in Gebieten ohne Fernwärmeanschluss
7. Photovoltaik – Anteil und Ausbaustrategie
8. Versorgung mit anderen Erneuerbaren Energiequellen wie z.B.Wind oder Biomasse

Begründung:

1999 hatten die Stadtwerke München ein Energieversorgungskonzept für München erarbeitet, das heute völlig veraltet ist. Inzwischen ist die Ausbaustrategie Erneuerbare Energien einer der Hauptpfeiler der Energiepolitik der Stadtwerke. Trotzdem spielen Kohle und Gas gerade in München noch eine bedeutende Rolle. Ein Energieszenario hängt natürlich stark an den Rahmenbedingungen des Bundes. Auch wenn die Bedingungen sich sehr schnell ändern können, braucht die Stadt einen Plan, wie die Energieversorgung

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

gerade auch für neue Wohngebiete aussehen könnte. Denn ab 2019 wird nach der Energieeinsparverordnung der Energieverbrauch neu gebauter Häuser nur noch sehr gering sein. Deshalb wird es in Neubaugebieten vor allem um die Versorgung mit geringen Wärmemengen gehen. Ob dann eine Fernwärmeversorgung noch wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist, ist zu prüfen. Deshalb könnten gerade in diesen neuen Gebieten innovative Energiekonzepte und/oder Nahwärmenetze entwickelt und damit energieeffiziente Alternativen zur Fernwärmeversorgung realisiert werden. Die Weichen hierfür müssen aber bereits bei der Planung der Gebiete gestellt werden. Welche Energiemengen werden wir in Zukunft brauchen? Und wie wird die benötigte Energiemenge sowohl im Strom- als auch im Wärmebereich bereitgestellt? Diese Fragen müssen jetzt zeitnah beantwortet werden, um eine nachhaltige Energieversorgung für München in die Wege zu leiten.

Eine Energiebedarfsprognose im Auftrag der Stadtwerke kommt 2007 zu dem Ergebnis, dass der Bedarf in den nächsten Jahrzehnten keinen größeren Schwankungen unterworfen sein wird, da dem Rückgang der Nachfrage durch Gebäudesanierung und Energiesparmaßnahmen ein moderater Zubau an Gebäuden gegenübersteht. Dies dürfte mittlerweile überholt sein.
Der Ausstieg aus der Kernkraft spätestens 2022, der möglichst baldige Ausstieg aus der Kohleverstromung und die inzwischen gemachten Erfahrungen mit der Wärmeversorgung durch Geothermie, sind wichtige Eckpunkte, um jetzt ein nachhaltiges Energieszenario für die Gesamtstadt und insbesondere für die neuen Baugebiete zu entwerfen.

Hauptziel für mehr Klimaschutz in München muss ein möglichst baldiger Ausstieg aus der Kohleverbrennnung im HKW Nord sein. Da laut den bisherigen Darlegungen der SWM das HKW Süd GuD2 bis zu 50% der Wärmeproduktion übernehmen könnte, während das HKW Nord vorerst weiterhin am Netz bleibt, dürfte dies zu keinen Beeinträchtigungen bezüglich der Inselfähigkeit Münchens in der Stromerzeugung sowie der Versorgungssicherheit hinsichtlich der Wärme führen. Es ist also vor allem eine Frage des politischen Willens.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Dominik Krause
Sabine Nallinger
Herbert Danner
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz IV:
Städtische Klimaschutzstrategie bis 2050

Antrag

Dem Stadtrat wird möglichst zeitnah ein Vorschlag für die Weiterentwicklung der städtischen Klimaschutzziele bis 2050 unterbreitet. Darauf aufbauend wird eine Klimaschutzstrategie erarbeitet, die den zur Zielerreichung notwendigen Absenkpfad der CO_2-Emissionen klar benennt. Die städtische Klimaschutzpolitik sollte dabei an dem weltweiten Klimaziel, das jetzt auch auf der COP 21 in Paris endlich beschlossen wurde, ausgerichtet sein. Das Ziel, die Begrenzung der Erderwärmung bei 1,5 Grad zu halten, muss in alle Säulen der städtischen Klimapolitik einfließen und auf evaluierbare Handlungsstrategien heruntergebrochen werden.

Begründung:
Der Klimagipfel in Paris führt wieder einmal vor Augen, dass es dringend notwendig ist, verbindliche Klimaschutzziele zu vereinbaren, um die Erderwärmung, wie jetzt beschlossen, auf 1,5 Grad zu beschränken.
Blasen wir im selben Maß wie bisher Abgase aus Kohle-, Öl- und Gasverbrennung in die Atmosphäre, könnte sich das Klima laut Weltklimarat IPCC bis Ende des Jahrhunderts um drei, vier oder noch mehr Grad erwärmen. Dann würden Teile unseres Planeten unbewohnbar werden: durch extreme Dürren, Hungersnöte oder Überschwemmungen. Die Folgen des Klimawandels können Konflikte in labilen Staaten verschärfen und noch mehr Menschen zur Flucht treiben. Wichtig ist, jetzt endlich von Absichtserklärungen zu konkreten Handlungsschritten zu kommen, die den Emissionsausstoß drastisch reduzieren.

München hat sich hier bereits auf einen guten Weg gemacht: die Stadtwerke sind in die Erzeugung erneuerbarer Energie eingestiegen und mit dem städtischen „Integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz“ wurden bereits etliche klimawirksame Maßnahmen vor allem im Bereich der Gebäudesanierung in Angriff genommen. Trotzdem: die Evaluierung der Klimaschutzziele Münchens hat gezeigt, dass wir das Ziel 50% CO_2-Reduktion bis 2030 (vom Basisjahr 1990 aus gerechnet) nicht einhalten werden, wenn wir bei den bisherigen Anstrengungen bleiben. Studien zeigen, dass die derzeitigen Klimapläne z.B. der EU nachjustiert werden müssen, um auf dem Pfad zu maximal 2 Grad-Erderwärmung zu bleiben (Senkung der Treibhausgase nicht um 40% sondern um 55% bis 2030 vom Basisjahr 1990 aus gerechnet). Es braucht deshalb eine ambitioniertere Klimaschutzpolitik mit ambitionierteren Zielen und Strategien auf allen Ebenen!

Es gilt vom Ziel her zu denken und einen Absenkpfad für die zukünftigen Jahre

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

vorzugeben. Dieser muss einhaltbar und überprüfbar sein. Und er muss an dem Ziel orientiert sein, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken.

Im Rahmen des IHKM hat München bereits eine Studie zur Fortschreibung der Klimaschutzstrategie in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sollten dem Stadtrat möglichst zeitnah präsentiert werden. Der Vorschlag sollte darüber hinaus auch konkrete Handlungsschritte und eine Fortschreibung der Klimaschutzziele bis 2050 enthalten, damit der Stadtrat möglichst schnell die Weichen für eine wirksame Klimapolitik in die richtige Richtung stellen kann. Dieses 1,5 Grad – Ziel, darf aber nicht nur übergeordnet stehen bleiben, sondern muss in allen Säulen der städtischen Klimapolitik als verbindliches Ziel verankert und auch mit geeigneten Handlungsstrategien konsequent verfolgt werden. Denn eine vorausschauende Klimapolitik ist auch eine präventive Flüchtlingspolitik.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Dominik Krause
Sabine Nallinger
Herbert Danner
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz V:

Dachagentur für den schnellen Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Gebäuden

Antrag

Die Stadt gründet eine Dachagentur, die auf städtischen Liegenschaften und den Häusern der städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und Gewofag PV-Anlagen errichtet und betreibt. Ziel ist es, 40 % des Gebäudebestandes bis 2020 mit PV zu bestücken. Die Dachagentur wird auf Bürgermeisterebene angesiedelt und mit einer Grundfinanzierung ausgestattet.
Neben der Unterstützung der Referate beim Ausbau der PV soll die Agentur auch die Umsetzung innovativer Leitprojekte fördern.

Begründung:

Wenn man die Solarpotentialkarte des RGU betrachtet, bietet sich ein sehr interessantes Bild. Sehr viele Gebäude sind rot markiert und damit sehr gut geeignet für die Nutzung von Photovoltaik. Trotzdem ist der Ausbau der PV in München bisher kaum vorangekommen. Auch die Potentialanalyse des Baureferates für die städtischen Gebäude offenbart ein großes Potential für die Nutzung der PV. Zwar wurde in den letzten Jahren bei Neubau und Sanierung von städtischen Bildungsgebäuden immer wieder die Realisierung einer Solaranlage geprüft, doch die restlichen städtischen Gebäude liegen weiterhin brach.

Damit verzichtet die LHM auf den wirtschaftlichen Vorteil der Eigenstromerzeugung, die immer noch gegenüber dem Verkauf der Solarenergie privilegiert ist.

Die SIM hatte den Konstruktionsfehler, nicht ökologische sondern ökonomische Ziele in den Vordergrund stellen zu müssen - in Zeiten, in der die Einspeisevergütung massiv reduziert worden ist. Deshalb rechnen sich PV-Anlagen ohne Förderung vor allem in der Eigenstromnutzung.

Um bei den städtischen Dächern voran zu kommen, muss die Stadt jetzt endlich Geld in die Hand nehmen, um die Referate und die Städtischen Wohnungsbaugesellschaften bei der Umsetzung zu unterstützen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger Dominik Krause Sabine Nallinger Herbert Danner
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz VI:
Ökologisch, praktisch, gut – Außenwärmedämmung mit mineralischen Mauersteinen aus Ziegel und Porenbeton

Antrag

Die LH München und ihre Wohnungsgesellschaften initiieren im Rahmen von Sanierungsvorhaben ein- oder mehrere Modellprojekte zur Wärmedämmung der Gebäudehülle (Fassade, Dach und Keller-/TG-Decken) mit neuen Entwicklungen aus der Baustoffindustrie (z. B. Poroton WDF Ziegelstein und Multipor Porenbetonsteine oder ähnliche gut dämmende mineralische Produkte) anstatt der üblichen synthetischen Dämmplatten aus Mineralwolle und Polystyrol.
Die Förderung von Außenwanddämmungen mit diesen neuartigen mineralischen Dämmmaterialien wird in das Förderprogramm Energieeinsparung aufgenommen. Voraussetzung sollte sein, dass die Zielwerte der EnEV für Sanierungen mindestens erreicht werden.

Begründung:
Die neuen Ziegel, die mit dem blauen Engel ausgezeichnet wurden, bieten eine umweltfreundliche Alternative zu den herkömmlich verwendeten synthetischen Materialien und haben gleichzeitig eine gute Dämmwirkung. Zwar ist die Wärmeleitfähigkeit als wichtiger Leitparameter für Dämmmaterial bei den konventionellen Dämmstoffen günstiger, jedoch haben die o. g. Dämmprodukte andere Vorteile: z. B. hat ein monolithisches Mauerwerk gute bauphysikalische Eigenschaften, ist nicht brennbar, ist pflegeleichter (deutlich reduziertes Algenproblem), ist robuster (kein Spechtproblem, geringeres Vandalismus- und Hagelrisiko), hat eine längere Lebensdauer und führt dadurch langfristig zu geringeren Sanierungskosten. Im Falle des Abbruchs sind für monolithische mineralische Bauteile deutlich geringere Entsorgungskosten anzusetzen. Auch bietet sich eher die Möglichkeit, denkmalgeschützte Häuser zu dämmen.

Um die eigenen Klimaschutzziele in München zu erreichen, muss die Sanierungsrate deutlich steigen. Doch schrecken viele Hausbesitzer davor zurück, ihr Haus mit Polystyrol oder Mineralwolle zu verkleiden. Umweltfreundliche Alternativen konnten gerade an Außenwänden nur mit einer aufwendigen und teuren Vorhangfassade angebracht werden. Die mineralischen Alternativen könnten hier einen neuen Schub für umweltfreundliche Sanierungen an Fassade, Keller-/TG-Decken und Dächern bringen und den einen oder anderen Hausbesitzer anregen, sein Haus jetzt endlich zu dämmen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger Dominik Krause Sabine Nallinger Herbert Danner
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz VII:
Die LHM beteiligt sich ab 2016 aktiv an der weltweiten Aktion „plant for the planet“

Antrag

Die städtischen Referate beteiligen sich ab 2016 aktiv an globalen Baumpflanzaktivitäten unter dem Motto „plant for the planet“, z. B. in einem ersten Schritt durch Information der Münchner Bildungseinrichtungen und einem Aufruf zur aktiven Beteiligung durch die Pflanzung von Bäumen. In einem weiteren Schritt sollten Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen und BürgerInnen zur Teilnahme aufgerufen werden. Die betroffenen Referate – z. B. Baureferat, Kommunalreferat, Planungsreferat, RBS – werden beauftragt ein Konzept für eine erste Aktion im Herbst 2016 rechtzeitig zu erarbeiten und dieses für die folgenden Jahre regelmäßig zu überprüfen und weiter zu entwickeln.

Begründung:

Angefangen hat alles mit einem Schulreferat des 9-jährigen Schülers Felix Finkbeiner im Jahr 2007. Heute ist Plant-for-the-Planet eine globale Bewegung mit einem großen Ziel: auf der ganzen Welt Bäume pflanzen, um die Klimakrise zu bekämpfen. Dass neue Bäume CO_2 speichern, ist – neben vielen anderen Klimaschutzaktivitäten – eine sehr wichtige und sinnvolle Klimaschutzmaßnahme. Neben den tatsächlichen klimatischen Auswirkungen trägt das Projekt auch zur Sensibilisierung breiter Gesellschaftsschichten bei, insbesondere der Kinder und Familien.

Die Stadt München sollte sich konzeptionell und aktiv ab 2016 an diesem Projekt beteiligen, den o. g. Referaten kommt dabei eine tragende Rolle bei, RBS mit Bildungseinrichtungen, dem Baureferat mit der Abteilung Gartenbau, dem Planungsreferat mit der Abteilung Grünplanung und Untere Naturschutzbehörde, das Kommunalreferat mit dem Forstbetrieb und den städtischen Gütern und als Verwalter städtischer Grundstücke.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Herbert Danner
Sabine Krieger
Dominik Krause
Sabine Nallinger
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 15.12.2015

Konsequenzen aus der Klimakonferenz VIII:
Ökologisch-faire Geldanlagen bei der Stadtsparkasse München fördern

Antrag:

1. Die städtischen Tochtergesellschaften überprüfen ihre Finanzanlagen und kündigen zum nächstmöglichen wirtschaftlich vertretbaren Zeitpunkt klimaschädliche oder den Prinzipien des fairen Handels widersprechende Geldanlageangebote aus ihrem Portfolio.

2. Der Stadtrat empfiehlt der SSK München, ihre Kundenangebote bezüglich Geldanlagen zu überprüfen und klimaschädliche und den Prinzipien des fairen Handels widersprechende Geldanlageangebote aus ihrem Portfolio zu nehmen.

Begründung:

In den letzten Jahren haben sich einige große Konzerne öffentlich dazu bekannt, ihre Finanzbeteiligungen zu überprüfen und ökologisch-sozial bedenkliche Beteiligungen abzustoßen. Auch die LHM mit ihren Tochtergesellschaften wäre gut beraten, sich mit diesem Thema schnellstmöglich intensiv auseinander zu setzen. Das Angebot an ökologisch-ethisch anspruchsvollen Geldanlagen bei der Stadtsparkasse ist äußerst dürftig, ebenso bei den meisten „klassischen Finanzinstituten“ auf dem Kapitalmarkt. Anspruchsvolle Anleger finden bei der SSKM – im Gegensatz zu kleineren ökologisch-fair orientierten Geldinstituten, zum Beispiel GLS-Bank – kein Angebot um angesparte Finanzmittel mit reinem Gewissen zu investieren.
Die Stadtkämmerei bemüht sich bereits um einen Kurswechsel, und sollte in ihrem Bestreben durch eine gesamtstädtische Linie fairer und ökologischer Geldanlagen bestärkt werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Herbert Danner,
Sabine Krieger
Dominik Krause
Sabine Nallinger
Mitglieder des Stadtrats

Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung | Rathaus | 80313 München

FDP · HUT · PIRATEN

FREIHEITSRECHTE TRANSPARENZ BÜRGERBETEILIGUNG
STADTRATS FRAKTION MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

15.12.2015

Antrag Nr.:
Planungen für das Oskar-von-Miller-Gymnasium und das Max-Gymnasium überdenken

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung prüft und legt dem Stadtrat dar, ob auf der Freifläche an der Domagk-, Garchinger-, Ungererstraße (Flurstück 880/2, Gemarkung Schwabing) ein Interimsgebäude für das Oskar-von-Miller-Gymnasium und eventuell auch für das Max-Gymnasium für die Bauphasen errichtet werden kann. Zudem soll geprüft werden, ob der Standort als Ausweichquartier für weitere Schulen genutzt werden kann, um eine staatliche Förderung sicher zu stellen.

Begründung:

Die Stadt plant, auf der Fröttmaninger Heide einen Intererimsbau als Ausweichquartier für mehrere sanierungsbeürftige Schulen für ca. 20 Mio. Euro, zu errichten. Der Interimsbau soll über 10 Jahre genutzt werden, um eine staatliche Förderung zu erhalten.

Das Oskar-von-Miller-Gymnasium und das Max-Gymnasium sollen zeitgleich generalsaniert werden. Die Verwaltung sieht vor, die beiden Gymnasien in dem Interimsgebäude in Fröttmaning unterzubringen. Die beiden Schulen sollen dort während der Bauphase von 3 bis 4 Jahren den Schulbetrieb weiterführen.

Dies würde übermäßig lange Schulwege zur Folge haben. Die beiden Gymnasien möchten an einem näher gelegenen Standort untergebracht werden und bitten die Verwaltung um Prüfung der Freifläche an der Domagk-, Garchinger-, Ungererstraße (Flurstück 880/2 in der Gemarkung Schwabing). Das Grundstück ist umgeben von anderen sehr viel größeren Freiflächen unter anderem dem Nordfriedhof, dem englischen Garten (200 m Luftlinie) und einer weiteren an das Grundstück angrenzenden mehrere Hektar große Freifläche.

Die Landeshauptstadt München soll ihre Planungen überdenken und eine Unterbringung des Oskar-von-Miller-Gymnasium und des Max-Gymnasiums in einem Interimsgebäude auf der Freifläche an der Ungerer-, Garchinger-, Domagkstrasse (Grundstück Flurnummer 880/2 Gemarkung Schwabing) prüfen.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Wolfgang Heubisch
Stadtrat

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilnhofer-Rath
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 15. Dezember 2015

M-WLAN gibt's jetzt doppelt – surfen wird so sicherer
Pressemitteilung SWM

Spendenübergabe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Kinderklinik Harlaching mit Oberbürgermeister Reiter und Herrmann Gerland vom FC Bayern
Pressemitteilung Städtisches Klinikum München

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

Ein Service der Landeshauptstadt München

realisiert durch SWM Stadtwerke München unterstützt durch muenchen.de Das offizielle Stadtportal M-net Mein Netz

M-WLAN gibt's jetzt doppelt – surfen wird so sicherer

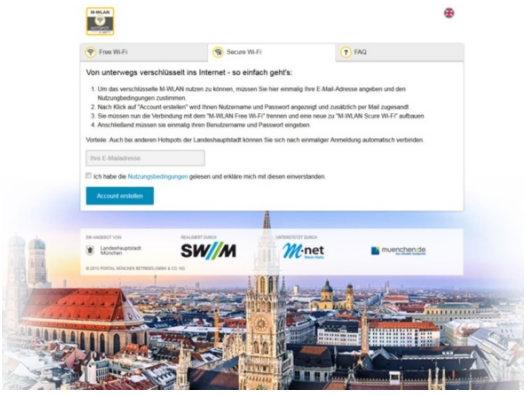
(15.12.2015) Schon an 21 Standorten im Stadtgebiet gibt es das freie und kostenlose öffentliche Angebot M-WLAN. Und es ist ein großer Erfolg – es wird durchschnittlich 25.000mal am Tag zum Surfen oder zum Chatten genutzt. Die SWM als kommunaler Infrastrukturdienstleister haben M-WLAN im Auftrag der Landeshauptstadt München mit Rückendeckung der beiden Partner M-net und muenchen.de aufgebaut. Mit „M-WLAN Secure Wi-Fi" erweitern die SWM das Angebot und heben es auf eine neue Stufe. Es gibt eine neue, übersichtlichere Startseite und das offene M-WLAN bekommt verschlüsselte Verstärkung – mit mehr Sicherheit und Komfort für die Nutzer.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Mit der neuen Verschlüsselungsmöglichkeit von M-WLAN leisten wir einen Beitrag dazu, dass sich unsere Nutzerinnen und Nutzer sicherer im Internet bewegen können. Diese wichtige Funktionalität kann ab sofort an allen unseren Standorten genutzt werden!"

Bequem und sicher surfen: „M-WLAN Secure Wi-Fi"
Das verschlüsselte M-WLAN bietet eine automatische Verbindung, sobald das Endgerät bei aktiviertem WLAN in die Nähe eines M-WLAN Hotspots kommt.

Die Registrierung für „M-WLAN Secure Wi-Fi" ist einfach:

- Ähnlich wie zuhause sind Zugangsdaten notwendig. Dafür muss man sich nur einmalig und kostenfrei registrieren. Die Registrierung ist nur in Reichweite von M-WLAN möglich.
- Auf dem WLAN-fähigen Endgerät sucht man im entsprechenden Menü nach verfügbaren Netzwerken, wählt zunächst „M-WLAN *Free* Wi-Fi" und nach Browserstart den Reiter „Secure Wi-Fi" aus.
- Nach Angabe der E-Mail und Bestätigung der Nutzungsbedingungen erhält man seine Zugangsdaten.



Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

- Abschließend verbindet man sein Endgerät mittels der erhaltenen Daten mit der SSID „M-WLAN *Secure* Wi-Fi“.

Sofern die Einstellungen im Endgerät nicht gelöscht werden, verbindet es sich automatisch, sobald ein Hotspot in Reichweite ist.

„M-WLAN Free Wi-Fi“ bleibt wie gewohnt verfügbar

Mit Einführung der verschlüsselten Version ändert sich beim offenen M-WLAN nichts. Es kann weiterhin kostenlos und ohne Anmeldung genutzt werden. Einfach im WLAN-Menü des Endgeräts „M-WLAN Free Wi-Fi“ auswählen und bei Browserstart den Nutzungsbedingungen zustimmen. Aufgrund der Fair-Use-Policy erfolgt nach 60 Minuten eine automatische Trennung. Man kann sich jedoch sofort erneut verbinden – und das so oft man will.

Nach dem Log-in wird der User mit einer mobil optimierten Startseite begrüßt, die interessante und nützliche Informationen für den jeweiligen Standort liefert - z.B. nahe gelegene Restaurants, Geschäfte oder Veranstaltungen. Dieser Service wird technisch und redaktionell vom Stadtportal muenchen.de bereitgestellt und betreut.

Die 21 M-WLAN Standorte:

Marienplatz	Karlsplatz (Stachus)
Odeonsplatz	Sendlinger Tor Platz
Orleansplatz	Lehel (Thierschplatz)
Harras	Münchner Freiheit
Marienhof	Wettersteinplatz
Giesinger Bahnhofplatz	Rotkreuzplatz
Neuperlach Zentrum (PEP)	Hohenzollernplatz
Coubertinplatz (Olympiapark)	Königsplatz
Hauptbahnhof (Haupteingang)	Kolumbusplatz
Willy-Brandt-Platz (Messestadt West)	Mangfallplatz

Auch im Zwischengeschoss des U-Bahnhofs Münchner Freiheit ist M-WLAN verfügbar, wo das Angebot im einjährigen Probebetrieb läuft. Und M-WLAN gibt es auch beim Kooperationspartner Deutschen Museum.

Alle Infos: www.m-wlan.de

Hinweis: Bilder können auf www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

Presseinformation

Spendenübergabe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Kinderklinik Harlaching mit Oberbürgermeister Reiter und Herrmann Gerland vom FC Bayern

Der Verein Kinderlachen e.V. mit dem Münchner Kinderlachen-Paten Herrmann Gerland vom FC Bayern unterstützt die Harlachinger Kinderklinik bei der Versorgung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen.

München, 14. Dezember 2015. Beim festlichen Adventsbasar im Klinikum Harlaching übergaben Christian Vosseler, der Vorsitzende von Kinderlachen e.V., mit FC Bayern Co-Trainer Herrmann Gerland eine Spende von 2.000 Euro für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, die unter Quarantäne in der Kinderklinik Harlaching untergebracht sind. Von der Spende wurden unter anderem Laptops mit Funk-Antennen gekauft, die in den Quaräntezimmern für Fernsehunterhaltung sorgen sollten. Auch ausgesuchte Spiele- und Sprachprogramme können aufgespielt werden. Außerdem werden Spielsachen gekauft, die den Jugendlichen in einem fremden Land ohne Eltern eine kleine Freude bereiten und sie auf ihrem Weg der Genesung unterstützen sollen.

Der Chefarzt der Harlachinger Kinderklinik, Prof. Walter Mihatsch, ist ebenso wie die Harlachinger Klinikleiterin Sonja Eckardt froh über das Engagement von Kinderlachen e.V., beide bedankten sich herzlich für die finanzielle Unterstützung. Für das kommende Jahr 2016 hat Kinderlachen die Einrichtung eines eigenen Elternzimmers auf der pädiatrischen Kinderintensivstation 8 zugesagt.

Bildmaterial:

Bildunterschrift (v.l.n.r.).: die Harlachinger Klinikleiterin Sonja Eckardt, Christian Vosseler von Kinderlachen e.V., FC Bayern Co-Trainer Herrmann Gerland, Oberbürgermeister Dieter Reiter mit seiner Ehefrau Petra, Dr. Axel Fischer (Vorsitzender der Geschäftsführung des Städtischen Klinikums München), Dr. Hans Pohlmann (Harlachinger Palliativstation), Prof. Reinhard Roos (Harlekin e.V.) und Prof. Dieter Grab (Chefarzt der Frauenkliniken Harlaching und Neuperlach).

Geschäftsführung
Marketing & Kommunikation

Redaktionskontakt:

Raphael Diecke
Pressesprecher

Marten Scheibel
Stv. Pressesprecher

Telefon (089) 452279-492 / -495
Telefax (089) 452279-749

presse@klinikum-muenchen.de

Besuchen Sie uns im Internet:

klinikum-muenchen.de
KlinikumMuenchen
StKM_News

Städtisches Klinikum München GmbH
Thalkirchner Straße 48
80337 München

Geschäftsführung: Dr. med. Axel Fischer (Vorsitzender), Susanne Diefenthal, Dr. med. Thomas Krössin, Dietmar Pawlik

Aufsichtsrat: Oberbürgermeister Dieter Reiter (Vorsitzender)

Handelsregister: München HRB 154 102
USt-IDNr.: DE814184919

städtisches
>Klinikum
München